

Friedensgutachten

2012

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Bonn International Center for Conversion (BICC)

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)

**Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)**

herausgegeben von

**Bruno Schoch
Corinna Hauswedell
Janet Kursawe
Margret Johannsen**

LIT

1.4. Zehn Jahre „War on Terror“: Präventivkriege und gezielte Tötungen

Martin Kahl

Zwei Kriege haben die USA und ihre Verbündeten unter dem Banner des *War on Terror* begonnen, dazu eine ganze Reihe weiterer Militäroperationen durchgeführt. Der Einsatz militärischer Mittel ist vielfach damit begründet worden, es sei angesichts der unabsehbaren Folgen terroristischer Anschläge notwendig, frühzeitig gegen all solche Gruppen oder Staaten vorzugehen, die Terroranschläge gegen die Vereinigten Staaten planen oder Vorbereitungen hierzu unterstützen könnten. Diese selbstverordnete „Risikopolitik“ forderte geradezu zum Handeln auf, selbst wenn erhebliche Ungewissheit darüber bestand, welche Absichten der oder die vermeintlichen Gegner verfolgten. Sie ist in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) von 2002¹ ausführlich begründet und in ein umfassendes Weltordnungskonzept eingebunden worden. In der Praxis hat sie zu vielen Willkürakten im Umgang mit Terrorverdächtigen und im Fall des Angriffs auf den Irak zu einem klaren Bruch des Völkerrechts geführt.

Die Verfügung über einen umfangreichen, ausdifferenzierten und flexibel einsetzbaren Militärapparat hat dieser Risikopolitik zusätzlich Vorschub geleistet. Der technologische Wandel im Militärbereich ließ das Vorhaben, eine Welt zu schaffen, in der es keinen Platz mehr für Terroristen und die sie unterstützenden Regierungen gibt, aussichtsreich erscheinen. Dies galt selbst dann noch, als bereits deutlich geworden war, dass durch ein hochtechnologisiertes Militär zwar Regimewechsel herbeigeführt werden konnten, ein militärischer Einsatz dieser Art aber an Grenzen stieß, wenn es um die Stabilisierung und politische Neuordnung von Staaten ging.

Das Weltordnungskonzept der Regierung Bush hat sich trotz der militärischen Überlegenheit der USA als nicht realisierbar erwiesen und ist kurz vor Ende ihrer Amtszeit im Kern von ihr selbst aufgegeben worden. Noch stärker hat sich schließlich Präsident Obama vom *War on Terror* distanziert. Er kündigte bei seinem Amtsantritt einen grundlegenden Wandel bei der Terrorbekämpfung an, zudem versprach er Verbesserungen bei der Behandlung von Terrorverdächtigen. Für die gegenwärtige Situation in Afghanistan hat aber auch er keine Lösung anzubieten und setzt die Hoffnung allein darauf, 2014 einen geordneten Rückzug antreten zu können. Gegen *al-Qaida*-Mitglieder

¹ The White House: The National Security Strategy of the United States, Washington D.C., September 2002.

und Aufständische weiß die Regierung Obama sich derweil nicht anders zu helfen als mit dem Einsatz von Drohnen. Auch wenn sich die öffentliche Rhetorik gewandelt hat, das Festhalten an Mitteln der irregulären Kriegführung lässt mehr Kontinuität mit der Regierung Bush erkennen, als die Erklärungen des neuen Präsidenten zu Beginn seiner Amtszeit erwarten ließen.

Amerikanische Weltordnungsvorstellungen nach dem 11. September 2001

Das in der NSS formulierte Weltordnungskonzept und der Griff zu militärischer Gewalt nach dem 11. September lassen sich nicht trennen von einer ganz spezifischen Auslegung der terroristischen Bedrohung durch die Regierung Bush, ihrer Präsentation der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus als „Krieg“ und insbesondere nicht von der Art und Weise, wie sie den Zusammenhang zwischen terroristischen Gruppen und den USA feindlich gesonnenen Regierungen („Achse des Bösen“) interpretierte.²

Unmittelbar nach den Anschlägen wurde die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik zwar zunächst auf die Bekämpfung der für die Anschläge verantwortlich gemachten *al-Qaida* und der dieses Terror-Netzwerk direkt unterstützenden Taliban-Regierung in Afghanistan ausgerichtet. So hat Präsident Bush wenige Tage nach den Anschlägen ein geheimes Memorandum unterzeichnet, welches der CIA erlaubte, in „antizipatorischer Selbstverteidigung“ Mitglieder von *al-Qaida* an jedem Ort der Welt zu töten. Dabei wollte es die amerikanische Regierung aber nicht bewenden lassen. Sie verstand es überdies als ihre Aufgabe, die Machtfülle der USA zur Durchsetzung einer neuen Weltordnung zu nutzen. Die NSS entwarf hierzu eine neue amerikanische *Grand Strategy*, die ihrem Anspruch nach weit über eine direkte Bekämpfung des Terrorismus hinausging. Nicht nur Terrororganisationen und autoritäre Staaten, die mutmaßlich Terroristen unterstützten, sondern auch solche nicht-demokratischen Staaten, die Zugang zu Massenvernichtungswaffen hatten oder sich solche erst zu beschaffen versuchten, konnten das Ziel präventiver Militäraktionen der USA werden. Dabei war nicht so sehr von Belang, ob diesen Staaten konkret Beziehungen zu terroristischen Organisationen oder Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen nachgewie-

2 Siehe Martin Kahl: New Grand Strategy? Die Bush-Administration und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, in: Werner Kremp/Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Weltmacht vor neuer Bedrohung. Die Bush-Administration und die US-Außenpolitik nach dem Angriff auf Amerika, Trier 2003, S. 23-62; Martin Kahl: Die Militärstrategie der USA nach dem 11. September, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2011): 27, S. 19-24.

sen werden konnten – was zählte, war der bloße Verdacht, dass sie die Absicht hegen könnten den Vereinigten Staaten zu schaden.³ Dabei ist hervorzuheben, dass in die neu ausgerichtete amerikanische Strategie Ideen und Konzepte eingeflossen sind, die bereits vor dem 11. September 2001 entwickelt und in den USA diskutiert worden waren. Insbesondere die Frage, inwieweit angesichts der Existenz sogenannter *rogue states* und deren möglicher Verfügung über Massenvernichtungswaffen militärische Prävention Teil einer „Risikopolitik“ sein musste.

Ein Missverständnis wäre es allerdings, die in der NSS formulierte Strategie mit einem weltweiten „Kreuzzug“ für Demokratie und Menschenrechte gleichzusetzen. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass sie stets selektiv geblieben ist. Regimewechsel wurden nur für solche Staaten propagiert, die den USA feindlich gegenüberstanden oder mit denen sie schlechte Beziehungen unterhielten. Der Irak, Syrien, Iran und Nordkorea waren schon vor 2001 als *Paria*-Staaten betrachtet worden. Dass sie sich fortdauernd der Lenkung und Kontrolle durch die Vereinigten Staaten zu entziehen versuchten, machte sie in den Augen der Bush-Regierung nach den Erfahrungen der Terrorangriffe zu einem nicht länger hinnehmbaren Sicherheitsrisiko. In erster Linie ging es ihr um die Absetzung *feindlich* gesinnter autoritärer Regime und ihre Ersetzung durch berechenbare, formell demokratische Regierungen. Dass es bei der Politik der Bush-Administration nicht um einen Feldzug für die Demokratie per se ging, zeigt ihr Verhalten gegenüber autoritären Staaten, mit denen die USA kooperative Beziehungen unterhielten und die bereit waren, sich am Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen. Hier zielte die amerikanische Politik nie auf einen Machtwechsel, sondern, im Gegenteil, auf die Zusammenarbeit mit den herrschenden Eliten. Zwar hatte man durchaus erkannt, dass autoritäre Regime in der Regel korrupt und modernisierungsfeindlich waren. Dies machte sie tendenziell instabil und möglicherweise zum Hort von „Extremismus“. Doch sollte bei Staaten, die nicht zur „Achse des Bösen“ gezählt wurden, lediglich Abhilfe durch verstärkte marktwirtschaftliche Orientierung und Entwicklungs- und Demokratisierungshilfe geschaffen werden. Deutlicher Reformdruck wurde nicht ausgeübt. Beide Ansätze, sowohl der gegenüber den *rogues* als auch der gegenüber „freundlichen“ Autokratien, zeigen, dass es der Regierung Bush nicht vorrangig um eine Verbesserung der Lage der Menschen in den fraglichen Staaten, sondern um den zu erwartenden Sicherheitsgewinn für die USA ging. Dieses funktionale Verständnis von Demokratie und *State*

3 Siehe Martin Kahl: Preventive War? Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in: Söhnke Schreyer/Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Weltmacht in der Krise – Die USA am Ende der Ära George Bush, Trier 2010, S. 185-215.

building hatte schon bald von der Regierung Bush nicht vorhergesehene Folgen in Afghanistan und im Irak.

Verlust der Kontrolle – vom Regimewechsel zur Aufstandsbekämpfung

Zum Zeitpunkt der Formulierung der NSS verfügten die USA bereits über einen effizienten und rasch einsetzbaren Militärapparat, der so ausdifferenziert war, dass er der politischen Führung eine breite Palette von Einsatzoptionen bot – von der Durchführung von „Spezialaufgaben“ wie die Liquidierung einzelner Personen bis hin zu größeren Interventionen mit dem Ziel, missliebige Regierungen zu stürzen. Der militärtechnologische Fortschritt und „Erfolge“ der USA bei der Kriegführung Anfang der 1990er Jahre – etwa gegen den Irak oder gegen Serbien – ließen Regimewechselkriege aus Sicht der Regierung Bush auch weiterhin kalkulierbar und kontrollierbar erscheinen.

Bereits vor dem 11. September 2001 waren bei der Militärstrategie und der Waffenbeschaffung Veränderungen vorgenommen worden, die dazu beitragen sollten, die Fähigkeit der amerikanischen Streitkräfte zum schnellen präventiven Einsatz rund um den Globus zu verbessern. Im Pentagon hatte man schon lange darauf hingewirkt, die Transformation des amerikanischen Militärapparates in Richtung vernetzter, auf zielgenaue Abstandswaffen setzende Streitkräfte (*stand-off, precision-strike force*) zu beschleunigen. Nach 2001 wurden weitere Ausdifferenzierungen am amerikanischen Streitkräfte-dispositiv in diese Richtung vorgenommen. Am unteren Ende der Gewaltskala zielten die Veränderungen vorrangig auf verbesserte Fähigkeiten von *Special Operations Forces* (SOF) und auf die Fähigkeit zu verdeckten Operationen im Bereich von *preventive actions*. Hierzu wurden von der Bush-Regierung Rüstungsprogramme quer durch nahezu alle konventionellen Waffensysteme ausgeweitet.

Auch das Konzept für die *Operation Enduring Freedom* (OEF) in Afghanistan basierte auf dem Einsatz vernetzter, luftgestützter und mit Präzisionswaffen ausgestatteter Streitkräfte. In amerikanischen Augen kam die OEF zunächst in einem durchaus zufriedenstellenden Maß voran. Die Taliban konnten binnen kurzer Zeit vertrieben werden und nur wenige amerikanische Militärangehörige waren bis Ende 2002 ums Leben gekommen. Zwar konnte der als hauptverantwortlich für die Anschläge vom 11. September 2001 ausgemachte Osama Bin Laden nicht aufgespürt werden, dennoch bestärkte der Fortgang der Operation in den ersten beiden Jahren das Vertrauen in die Effizienz der

amerikanischen Streitkräfte. In dieser frühen Phase bezeichnete der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld den Einsatz in Afghanistan als „modellhaft“ und wertete ihn als gelungenes Beispiel auch für den Irak.⁴

Bei Bush und seinem engsten Mitarbeiterkreis bestanden keine Zweifel daran, dass auch eine militärische Intervention in den Irak erfolgreich sein würde. Sie waren zudem offenbar der Meinung, der Irak sei das schwächste Glied in der Kette feindlich gesinnter Staaten, ein Regimewechsel dort daher am leichtesten zu bewerkstelligen. Tatsächlich ist es den USA 2003 auch im Irak gelungen, mit einer nur relativ geringen Anzahl von Truppen überlegene militärische Macht zu entfalten. Der anfängliche Verlauf des Krieges bestätigte zunächst wiederum die „Rumsfeld-Doktrin“, wonach aufgrund präziserer Waffen, verbesserter Aufklärung und erhöhter Operationsgeschwindigkeit nun weit weniger Streitkräfte nötig waren, um eine *overwhelming force* zu erreichen. Der Irak-Krieg wurde in den ersten Monaten zudem als Beleg dafür gewertet, dass die „Transformationsstreitkräfte“ grundsätzlich auch in der Lage waren, den gefürchteten „Städtekampf“ rasch zu gewinnen.

Zunächst sah es also nach einem erfolgreichen Auftakt des Weltordnungskonzepts der Bush-Regierung aus – zwei missliebige Regime waren abgesetzt worden, ohne dass die Vereinigten Staaten selbst viele Opfer zu beklagen hatten. Die weitere Entwicklung des Konfliktgeschehens im Irak und in Afghanistan zeigte aber, dass rasche militärische Siege keineswegs mit einer umfassenden Befriedung und dem Aufbau demokratischer Strukturen in den betroffenen Staaten gleichzusetzen sind. Im Laufe der Zeit traten immer deutlicher die Folgen davon zutage, dass die amerikanische Regierung die jeweilige Situation vor Ort verkannt und es zudem versäumt hatte, überhaupt eine langfristige politische Strategie für die Phase nach der Entmachtung der Taliban in Afghanistan beziehungsweise dem Sturz Saddam Husseins im Irak zu entwickeln.

In Afghanistan wurde spätestens ab 2003 deutlich, dass mit dem Nahziel, den inneren Kern von *al-Qaida* festzusetzen oder auszuschalten und die Taliban aus der Regierung zu vertreiben, noch lange keine neue und stabile politische Ordnung geschaffen war. So hatte es sich die Bush-Regierung aber offenbar vorgestellt; eine neue Strategie hatte sie jedenfalls nicht zur Hand, um angemessen auf das zu reagieren, was sich bald zu einem vielschichtigen Aufstand verschiedener gewaltbereiter Gruppen entwickelte. Dieser Aufstand gegen die Besatzungstruppen und die von ihnen gestützte Regierung Karzai breitete sich zu einer fortgesetzten, mit einfachen Waffen und gezielten Anschlägen geführten Auseinandersetzung aus, die auf die afghanische Bevölke-

4 Rumsfeld Calls Afghanistan Model of Success for Iraq, Department of State Washington File, 9.8.2002.

rung wenig Rücksicht nahm und gegen die die amerikanischen Truppen vor Ort kaum etwas ausrichten konnten.

Auch im Irak gelang es nach der Entmachtung Saddam Husseins nicht, rudimentäre Sicherheit für die Bevölkerung herzustellen, ebenso wenig konnten grundlegende Strukturen für eine Demokratisierung im Lande geschaffen werden. Hierzu reichten die Mittel vor Ort nicht aus. Zudem speiste die fehlgeleitete Auflösung der irakischen Armee und des Staatsapparats die Unzufriedenheit, vor allem beim sunnitischen Teil der Bevölkerung. In der Folge formierte sich auch hier eine – überaus komplexe – Aufstandsbewegung, aus der heraus Selbstmordattentate gegen die ausländischen Truppen und schließlich auch gegen Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung verübt wurden. Die Art und Weise, wie US Army und Marines im Verbund mit schlecht ausgebildeten irakischen Sicherheitskräften den Aufstand zu bekämpfen versuchten, nämlich mit *hunt-and-kill*-Operationen, verschärfte nicht zuletzt die Situation. Folgeschwere Anschläge von *al-Qaida*-Verbündeten, die sich bald nach Beginn der Besetzung im Irak festgesetzt hatten, trugen zur weiteren Destabilisierung bei und brachten das Land gegen Ende 2006 an den Rand des Kollapses. Präsident Bush geriet innenpolitisch immer mehr unter Druck, nicht zuletzt auch deswegen, weil er selbst und seine Berater Warnungen hinsichtlich der negativen Folgen eines Krieges für den Irak selbst, für die Region und letztlich auch für das Völkerrecht nicht berücksichtigt hatten. Selbst bei den Republikanern ging die Unterstützung für die Irak-Politik der Bush-Regierung deutlich zurück, und aus den Reihen der Militärführung wurden mit immer größerem Nachdruck Änderungen der aktuellen Strategie angemahnt. Im *National Intelligence Estimate* (NIE) gelangten die amerikanischen Geheimdienste im April 2006 sogar zu dem Schluss, dass der Präventivkrieg gegen den Irak die USA nicht sicherer gemacht habe, sondern er die Gefahr des Terrorismus qualitativ wie quantitativ erhöht und seine Bekämpfung insgesamt erschwert habe.

Auch die Neufassung des *Army Field Manual 3-24 (Counter Insurgency)* durch General David Petraeus und seine Mitarbeiter kann als deutliche Kritik am Vorgehen der USA im Irak gelesen werden.⁵ Als wichtigste Aufgabe des amerikanischen Militärs wurde nun die Gewährleistung von Sicherheit für die Bevölkerung festgelegt. Zum einen sollten Aufständische so leichter von der friedlichen Zivilbevölkerung isoliert werden können, zum anderen sollten die Voraussetzungen für eine tragfähige ökonomische Entwicklung, bessere Regierungsführung, die Ausbildung von Sicherheitskräften und die nationale

5 David Petraeus/James Mattis: *Counter Insurgency: FM3-24/MFM3-24*, Department of the Army and Navy, Washington D.C. 2006.

Versöhnung geschaffen werden. Die Umsetzung der Vorschläge von General Petraeus war allerdings nur mit erheblich größerer Truppenpräsenz vor Ort zu gewährleisten. 2007 schließlich veranlasste die Bush-Regierung mit der *Surge*-Strategie – und in Abkehr von der Rumsfeld-Doktrin – die Entsendung von zusätzlich 30.000 Soldaten in den Irak. Das amerikanische Militär verlegte in der Folgezeit seinen Fokus von der Verfügung über Feuerkraft und häufigen Patrouillen mit gepanzerten Fahrzeugen auf die Präsenz in der Fläche, „Fußtruppen“ und intensivere Kontakte mit der lokalen Bevölkerung. Tatsächlich stabilisierte sich die Lage im Irak. Dies wird aber auch geheimen Kommandos, bestehend aus CIA und dem *Joint Special Operations Command* (JSOC), zugeschrieben, die ab 2007 gezielt *al-Qaida*-Mitglieder und Kommandeure aufständischer Gruppen töteten oder gefangen nahmen.⁶ Nicht unwesentlich zu dieser Entwicklung im Irak beigetragen hat zudem die Tatsache, dass sich *al-Qaida* dort mit seinen massiven Bombenanschlägen, unter denen insbesondere die Zivilbevölkerung stark zu leiden hatte, selbst desavouiert hat. Die sunnitischen Clans waren angesichts der vielen muslimischen Opfer nicht länger bereit, mit den Anhängern *al-Qaidas* zusammenzuarbeiten und scherten aus der Allianz mit Abu Mussab al-Sarkawi aus. Insbesondere in der Krisenprovinz al-Anbar konnten sunnitische Milizen rekrutiert und gegen *al-Qaida*-Gruppen mobilisiert werden.

Im Irak war es also nicht allein und auch nicht vorrangig die Anwendung des Konzepts der *Counterinsurgency* (COIN), wie sie im FM 3-24 konzeptionell ausgearbeitet worden war, die – zumindest vorübergehend – zu einer Stabilisierung beitrug, sondern eine ganze Reihe von unterschiedlichen Entwicklungen und besonderen Konstellationen. Trotzdem wurde *Counterinsurgency* bald zum vielgebrauchten Schlagwort und als „Idealstrategie“ zur Erreichung der amerikanischen Ziele auch in Afghanistan angesehen. Die Entscheidung der Obama-Administration, die Truppen auch dort zu verstärken und die neue Bereitschaft der USA mit „moderaten“ Taliban in einen Dialog einzutreten, folgte fraglos dem Beispiel der Irak-Politik. Die spezifischen Bedingungen, die im Irak ab 2007 eine Stabilisierung befördert hatten, ließen sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die Situation in Afghanistan übertragen.

Die nochmalige Steigerung der Gewalt durch Aufständische in Afghanistan ab 2005 kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden. Zum einen nahm die afghanische Bevölkerung die Regierung zunehmend als korrupt wahr. Tatsächlich blieben die Regierungsleistungen der Regierung Karzai mangelhaft:

6 Vgl. Bob Woodward: *The War Within: A Secret White House History 2006-2008*, New York, 2008; ferner ders.: *Why Did Violence Plummet? It Wasn't Just the Surge*, Washington Post, 8.9.2008.

Die Sicherheitslage in vielen ländlichen Gebieten verschlechterte sich, der wirtschaftliche Aufbau ging nur schleppend voran, und auch gegen die Aufständischen, die sich zunehmend Rückzugsmöglichkeiten nach Pakistan suchten, blieb die afghanische Regierung machtlos. Ein weiterer wesentlicher Faktor war aber auch hier, dass die Truppen der USA und anderer NATO-Staaten zu sehr mit ihrem eigenen Schutz als mit der Sicherheit der einheimischen Bevölkerung beschäftigt waren (vgl. Friedensgutachten 2010, Beiträge 1.1. bis 1.6.).

Im Fall Afghanistans (und der pakistanischen Grenzregion) kam hinzu, dass es den USA niemals allein um Aufstandsbekämpfung und den anschließenden Aufbau eines funktionierenden Staates gegangen war, sondern immer auch um die kurzfristig angelegte wirkungsvolle Bekämpfung von *al-Qaida*, also um *Counterterrorism*. COIN sollte dagegen Sicherheit für die Bevölkerung gewährleisten und dadurch deren Unterstützung für die Regierung verbessern. Eine handlungsfähige, von der Bevölkerung akzeptierte Regierung mit einem funktionierenden Sicherheitssektor würde, so die Überlegung, dann auf längere Sicht selbst in der Lage sein, terroristische Gruppen dingfest zu machen und auszuschalten.⁷ Auch Präsident Obama hat nachdrücklich betont, dass die *Counterinsurgency*-Strategie in Afghanistan kein Selbstzweck sein dürfe, sondern letztendlich der Terrorismusbekämpfung zu dienen habe. Zwar beziehen sich auf diese Weise COIN und *Counterterrorism* in ihren Zielsetzungen aufeinander, doch folgen sie unterschiedlichen Logiken.

Welche Schwierigkeiten sich in der Praxis aus diesen unterschiedlichen Logiken ergeben, zeigen folgende Beispiele: So haben die USA immer wieder Luftschläge und Kommando-Operationen mit Spezialeinheiten durchgeführt, um hochrangige *al-Qaida*-Mitglieder und Taliban zu töten oder gefangen zu nehmen. Auf diese Weise sollten die Netzwerke und Ressourcen der Organisation zerstört, ständiger Druck auf *al-Qaida* ausgeübt und die Taliban geschwächt werden. Bei den Einsätzen standen Effektivitätsüberlegungen im Vordergrund, sie wurden in der Regel verdeckt geplant und sehr kurzfristig durchgeführt. Deshalb forderten sie oftmals viele Opfer unter der Zivilbevölkerung. Seit Sommer 2004 hat zudem vor allem der Einsatz von Drohnen zur Ausschaltung mutmaßlicher *al-Qaida*-Mitglieder und Aufständischer beständig zugenommen. Auch wenn sie als Präzisionswaffen gelten, so ist es durch ihren Einsatz zu hohen Opferzahlen bei der Zivilbevölkerung gekommen. In-

7 Siehe etwa Barack Obama: Remarks by the President in 'An address to the nation on the way forward in Afghanistan and Pakistan', West Point, 1 Dec. 2009; Remarks by the President on a New Strategy for Afghanistan and Pakistan, The White House, Office of the Press Secretary, 27 March 2009, siehe ferner die Ausführungen im Quadrennial Defense Review 2010, S. 11.

sofern waren die Anti-Terror-Operationen mit den deklarierten längerfristigen COIN-Zielen von ISAF⁸ – die Isolierung der Aufständischen und die Unterstützung der amtierenden Regierung durch das Gewinnen von *hearts and minds* der Bevölkerung – kaum zu vereinbaren. Das Konzept, COIN und militärische Terrorismusbekämpfung parallel durchzuführen, konnte so nicht erfolgreich sein.

High-tech „back in“: mit Drohnen gegen Verdächtige

Mit der Afghanistan-Pakistan (AFPAK)-Strategie hat die Regierung Obama eine von der Bush-Administration deutlich unterscheidbare politische Agenda zur Stabilisierung Afghanistans entwickelt, etwa indem sie die Einbeziehung aller Nachbarländer und Regionalmächte sowie die Einbindung moderater, gesprächsbereiter Aufständischer vorsah. Militärisch aber setzte auch Obama weiter auf Drohneneinsätze in den paschtunischen Stammesgebieten, die unter pakistanischer Bundesverwaltung stehen. Mehr noch: Während seiner Amtszeit sind Drohnen zum militärischen Mittel erster Wahl avanciert. 2008 stieg die Zahl der Einsätze auf 36, 2009 auf 53 und im Jahr 2010 schließlich auf 118. 2011 sind die Einsätze etwas zurückgegangen, waren mit insgesamt 70 aber immer noch vergleichsweise zahlreich.⁹

Zusätzlich wurde das Spektrum derjenigen Personengruppen, auf die die Drohnen-Einsätze zielten, deutlich ausgeweitet. Nur noch ein geringer Teil wurde auf *al-Qaida* ausgerichtet, die meisten zielten auf Taliban-Mitglieder mittleren Ranges, deren Rolle unklar war. Auf den Ziellisten befinden sich zudem offenbar nun auch Drogenbarone, die verdächtigt werden, *al-Qaida* mit Geld zu versorgen.¹⁰ Die Drohneneinsätze verwischten noch dazu die Grenzen der Zuständigkeit zwischen Militär und Geheimdiensten: CIA und JSOC teilen sich die Einsätze zunehmend „à la carte“ auf, je nachdem, welche Einsatzführung das Weiße Haus gerade für erfolgversprechender hält.¹¹ Durch diese Ent-

8 ISAF Commander's Counterinsurgency Guidance, 1 August 2010, <http://www.isaf.nato.int/from-the-commander/from-the-commander/comisaf-s-counterinsurgency-guidance.html>.

9 So die Zahlen der New America Foundation, <http://counterterrorism.newamerica.net/drones>. Für teilweise abweichende Erhebungen siehe <http://www.thebureauinvestigates.com/2011/08/10/resources-and-graphs/>.

10 Jane Mayer: The Predator War – What are the risks of the C.I.A.'s covert drone program? in: The New Yorker, 26.10.2009, http://www.newyorker.com/reporting/2009/10/26/091026fa_fact_mayer.

11 Greg Miller: Under Obama, an emerging global apparatus for drone killing, in: Washington Post, 28.12.2011, <http://www.washingtonpost.com/national/>.

wicklungen hat der irreguläre Charakter des Krieges noch weiter zugenommen und die rechtliche und moralische Grauzone, in der die Drohneneinsätze stattfinden, hat sich deutlich verbreitert. Im Dezember 2011 hatten die USA den Einsatz von bewaffneten Drohnen in Pakistan zwar zunächst ausgesetzt, um die Beziehungen zwischen beiden Staaten nach einem NATO-Luftangriff auf zwei pakistanische Militärposten im Grenzgebiet zu Afghanistan mit 24 Toten nicht noch stärker zu belasten. Seit Januar 2012 nahmen sie die Drohneneinsätze wieder auf. In Nord- und Südwasiristan sind bei elf Einsätzen Presseberichten zufolge hochrangige *al-Qaida*-Mitglieder getötet worden.

Schienen die hochtechnisierten amerikanischen Streitkräfte angesichts der Aufstände im Irak und in Afghanistan zunächst ungeeignet zu sein, so haben durch die Drohneneinsätze *High-tech*-Waffen, wenn auch quasi durch die Hintertür, wieder an Bedeutung gewonnen.¹² Dabei ist der Rückgriff auf die Drohnen nicht bewusst und von langer Hand geplant worden, sondern Folge einer eher zufälligen Entwicklung, die sich mit der „experimentellen“ Bewaffnung der *Predator*-Drohne ergeben hat. Angesichts des politischen Stillstands und mangels militärischer Alternativen sind die Drohnen dann aber zu einem bedeutsamen Element des amerikanischen Engagements gegen *al-Qaida* und Aufständische geworden. Dennoch passen Entwicklung und Einsatz der Drohnen in einen übergreifenden militärtechnischen Trend, nämlich die Verfügung über Waffen, die die USA immer mehr in die Lage versetzen, den Krieg von der eigenen Gesellschaft zu separieren und ihn für diese nahezu unsichtbar zu führen. Drohnen versprechen genau das: Sie sind kostengünstig, in unwegsamem Gelände einsetzbar und fern- oder selbstgesteuert – bei ihrem Einsatz werden keine eigenen Soldaten gefährdet. Die Kehrseite ihrer Verwendung schlägt da offenbar weniger zu Buche: Durch die Drohneneinsätze sind allein in Pakistan mehrere hundert Zivilisten ums Leben gekommen. Dies hat die anti-amerikanische Stimmung in der Region deutlich verstärkt und zeigt, wie vermeintliche „Erfolge“ durch die Tötung von Terrorverdächtigen und Aufständischen durch einen fortschreitenden Legitimitätsverfall vor Ort wettgemacht werden.¹³

12 Scott Shane: Drone Strike Kills Qaeda Operative in Pakistan, U.S. Says, in: The New York Times, 19.1.2012; Emmanuel Giroud: Pakistan Al-Qaeda chief ‚killed by US drone‘, AFP, 9.2.2012; Pakistani officials: Suspected US drone strike hits militants’ vehicle in NW Pakistan, kills 6, Associated Press, 13.3.2012.

13 Niklas Schörnig: “Stell Dir vor, keiner geht hin, und es ist trotzdem Krieg . . .“ – Gefahren der Robotisierung der Streitkräfte, in: Margret Johannsen/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Tobias Debiel/Christiane Fröhlich (Hrsg.): Friedensgutachten 2011, Münster 2011, S. 355-375.

Aushöhlung des Völkerrechts durch irreguläre Kriegführung offen kritisieren

Die USA und einige ihrer Verbündeten haben nach den Anschlägen vom 11. September 2001 für sich das Recht reklamiert, präventiv gegen Terrorverdächtige und Staaten, die Terroristen vermeintlich unterstützen, vorgehen zu dürfen. Die Aushöhlung des Völkerrechts durch die Führung von Präventivkriegen und die Missachtung von Menschenrechten im Zusammenhang mit dem *War on Terror* sind in der Vergangenheit bereits vielfach kritisiert worden. Doch auch die Verwendung unbemannter Flugkörper in Form von Drohnen zur Tötung von Terrorverdächtigen ist völkerrechtlich äußerst fragwürdig. Da die USA und ihre Verbündeten ihren Einsatz aber als „Erfolg“ betrachten, sind die damit verbundenen völkerrechtlichen Streitfragen bisher beiseite geschoben worden. Die Bundesregierung hat die Rechtsmeinung der USA zu den Drohneneinsätzen nicht kritisiert und keine eigene Position bezogen. Sie hat vielmehr versucht, das heikle Thema zu meiden. Es wird aber kein Weg daran vorbeiführen, sich diesem Thema zu stellen. Dabei wird der Einfluss Deutschlands wohl nicht ausreichen, um die amerikanische Regierung zum Überdenken ihrer Drohnenoperationen zu bewegen. Die Bundesregierung sollte aber gegenüber der deutschen Öffentlichkeit die Problematik unverhüllt darstellen und eine klare Position beziehen, die sich aus dem Völkerrecht herleitet, dieses respektiert und stärkt.

Die Tötung von Verdächtigen durch Drohnen muss auch deshalb stärker als bisher öffentlich diskutiert und kritisiert werden, weil es über den Krieg in Afghanistan hinaus in den USA Pläne gibt, in naher Zukunft jeden Punkt der Erde mittels neuer weitreichender, satellitengesteuerter Drohnen erreichen zu können (*Prompt Global Strikes*). Drohneneinsätze, wie sie von den USA nicht nur in Pakistan, sondern auch im Jemen und Somalia durchgeführt worden sind, drohen immer mehr zur Routine zu werden. Hier zeichnet sich ein folgenreicher Wandel in der modernen Kriegführung ab. Angesichts der Erfahrungen im Irak und in Afghanistan, mit einer Bilanz von 100.000 getöteten Zivilisten, 4.500 toten US-Soldaten und Kosten in Höhe von 700 Milliarden US-Dollar allein für den Irak, ist der Anreiz groß, nur noch selektive Militärschläge zur Ausschaltung vermeintlicher Risiken zu führen. Gegenwärtige Überlegungen der Obama-Regierung gehen dahin, dass insbesondere militärische Operationen gegen mutmaßliche Terroristen oder Aufständische noch stärker als bisher eine stets verfügbare Option sein werden, und gleichzeitig der Schwerpunkt amerikanischer Rüstungsanstrengungen noch deutlicher auf

leichten, agilen Streitkräften für die irreguläre Kriegführung liegen soll.¹⁴ Es ist bezeichnend, dass gerade diese Waffen von den kürzlich angekündigten Einsparungen am amerikanischen Verteidigungshaushalt ausgenommen sind.

Dreizehn Jahre nach dem Beginn des *War on Terror* ist es in Afghanistan und im Irak nicht gelungen eine stabile Ordnung herzustellen. Auch nach dem Abzug der amerikanischen Kampftruppen aus dem Irak im Herbst 2011 hat es dort folgenschwere Bombenanschläge gegeben. Die amerikanische Strategie der Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung hat sich über Jahre hingezogen und viele Opfer gefordert. Sie hat zwar *al-Qaida* geschwächt, gleichzeitig aber die Missachtung von Menschenrechten und des Völkerrechts quasi „normalisiert“. Insofern muss der *War on Terror* als Fehlschritt bezeichnet werden. Im Jahr 2014 sollen die Truppen der USA und der NATO Afghanistan „geordnet“ verlassen. Forderungen nach einem rascheren Abzug sind angesichts der oben skizzierten Entwicklungen zwar nicht per se überflüssig, aus friedenspolitischer Sicht ist es aber gleichermaßen notwendig, den Formenwandel des Krieges hin zur „geräuschlosen“ Tötung von Verdächtigen in seinen Konsequenzen genau zu analysieren und zu kritisieren.

14 Craig Whitlock/Greg Jaffe: Obama announces new, leaner military approach, in: Washington Post, 5.1.2012.